

Transnationale Solidarität und Wahlverhalten - Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Reinl, Ann-Kathrin; Eder, Christina; Katsanidou, Alexia

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reinl, A.-K., Eder, C., & Katsanidou, A. (2020). Transnationale Solidarität und Wahlverhalten - Ost- und Westdeutschland im Vergleich. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 65, 22-27. <https://doi.org/10.15464/isi.65.2020.22-28>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Transnationale Solidarität und Wahlverhalten - Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Ann-Kathrin Reinl, Christina Eder & Alexia Katsanidou

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Einleitung

Die großen Krisen der Europäischen Union (EU), die Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie der große Zuwanderungsdruck in den Jahren 2015/2016 gingen auch an Deutschland nicht spurlos vorüber. Es wurden deutsche Steuergelder zur Rettung systemrelevanter Banken eingesetzt und die allgemein schwierige Wirtschaftslage zwang manches Unternehmen zum Stellenabbau. In den Jahren 2015/2016 wurden Politik, Verwaltungen und Gesellschaft aufgrund der steigenden Anträge auf Asyl schließlich vor eine weitere Herausforderung gestellt. Während sich ein Teil der Bevölkerung mit viel persönlichem Engagement um die Ankommenden kümmerte, äußerte ein anderer Teil seine Unzufriedenheit mit der Politik der Merkel-Regierung lautstark auf den Straßen.¹

Die Bundestagswahl 2017 verzeichnete deutliche Verluste für die beiden Volksparteien, insbesondere für die SPD; die Wahlen zum Europaparlament 2019 setzten den Negativtrend der beiden großen Parteien fort. Wie in ganz Europa verloren die beiden Parteien erhebliche Stimmenanteile, in Deutschland im Vergleich zu 2014 zusammen fast 18%. Größter Gewinner waren die Grünen die, von den *Fridays for Future* Bewegungen beflügelt, ihren Stimmenanteil fast verdoppeln konnten und zweitstärkste Kraft hinter der CDU wurden. Die FDP konnte ebenfalls mit dem Ergebnis zufrieden sein. Allen vier Parteien ist gemein, dass sie im Wahlkampf eine eindeutig pro-europäische Position offen vertraten. Die AfD wiederum, die 2013 noch eine Anti-Euro-Partei war, hatte sich bis 2017 in eine populistische Partei deutlich rechts der Mitte verwandelt,

die sich klar gegen die Asylpolitik der Großen Koalition und gegen eine weitere europäische Integration aussprach (Hansen und Olsen, 2019). Ihr gelangen ebenfalls Wahlgewinne in der Europawahl 2019, allerdings fielen diese nicht so groß aus wie in manchen Prognosen angenommen.

Was haben die beiden europäischen Krisen des vergangenen Jahrzehnts gemein und inwiefern nahmen diese einen Einfluss auf die Wahlentscheidungen der Bürger/innen in der Europawahl 2019? In beiden Krisenfällen wurde den Staaten sowie den EU-Bürger/innen ein hohes Maß an Solidarität abverlangt. Die Europäische Union gilt als ein Konstrukt, welches von Anfang an auch immer den Solidaritätsgedanken mitgelebt hat: seit der Schuman Deklaration 1950 taucht der Begriff regelmäßig in europäischen Verträgen auf. Mit Ausbruch der Eurokrise wurde diese Solidarität nun jedoch auch praktisch eingefordert, um die Liquidität angeschlagener Staaten zu gewährleisten und die gemeinsame Währung zu retten. Angesichts der Ankunft Millionen Geflüchteter sah sich die EU wenig später erneut mit einem Verteilungskonflikt konfrontiert. Besonders Staaten an der EU-Außengrenze fühlten sich von den anderen Mitgliedsstaaten alleine gelassen und auch Schweden und Deutschland, zwei Staaten welche eine besonders hohe Zahl an Geflüchteten aufnahmen, wünschten sich eine gemeinsame Lösung auf europäischer Ebene (Gerhards et al. 2019).

Analysiert man individuelle Unterstützung von Solidaritätsleistungen für andere Staaten und dort lebende Bürger/innen, sprechen wir von *transnationaler Solidarität* (Gerhards et al., 2019;

Sangiovanni, 2013). Das Interesse dieses Beitrags liegt darin, zu testen, ob auch zehn Jahre nach Ausbruch der Eurokrise und in einer Zeit sinkender Asylanträge noch immer Einstellungen zu europaweiten Solidaritätsmaßnahmen eine Rolle für die individuelle Wahlentscheidung spielen. Wir analysieren diese Frage am Beispiel der Europawahl 2019 und unterscheiden in unserer Betrachtung zwischen Ost- und Westdeutschland. Wir erwarten einen Unterschied zwischen den Landesteilen ausmachen zu können, da die unterschiedlich lange Mitgliedschaft in der EU dafür sorgen könnte, dass Wähler/innen im Westen eher bereit sind sich solidarisch gegenüber anderen Mitgliedsstaaten zu zeigen, und dies ebenfalls in ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen, während transnationale Solidarität im Osten auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch geringer ausgeprägt sein könnte.

Europäische Solidarität

Während frühere Untersuchungen zum Abstimmungsverhalten in Europawahlen einen sogenannten *Nebenwahl-Effekt* (second-order effect) feststellen konnten (u.a. Reif und Schmitt, 1980; Schmitt, 2007), zeigen Studien zu jüngeren Europawahlen, dass neben nationalen Themen auch europäische Sachverhalte an Bedeutung für die Wahlentscheidung gewinnen (de Vries et al., 2011; Treib, 2014). Mit Blick auf die Europawahl 2014 und den dortigen Erfolg des euroskeptischen Lagers schienen Wähler/innen ihren politischen Unmut über den Kurs der EU sowie über die Leistungen nationaler Regierungen zu dieser Zeit in ihrer Wahlentscheidung zu kanalisieren. Eine

Studie von Hobolt und de Vries (2016) zeigt, dass eine geringe Unterstützung fiskaler Umverteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten im Falle einer ökonomischen Krise die Wahlwahrscheinlichkeit für euroskeptische Parteien erhöht. Im Gegensatz dazu haben insbesondere EU-freundliche und mitte-links Parteien sowie deren Wählerklientel das Gewähren von Rettungspaketen nachdrücklich befürwortet (Maatsch, 2014; Reinl und Giebler, 2019). Als Ende 2015 die Zahl der Asylanträge innerhalb der EU stark zu steigen begann, wurden Verteilungskonflikte zwischen den Mitgliedsstaaten weiter verstärkt. Euroskeptische rechtspopulistische Parteien forderten eine restriktivere Zuwanderungspolitik und ein strengeres Asylrecht (Börzel, 2016; Koos und Seibel 2019; Zaun, 2018), proeuropäische linke Kräfte proklamierten hingegen Solidarität mit den Geflüchteten sowie zwischen den EU-Staaten (Wallaschek 2019). Folglich standen sich zum zweiten Mal binnen weniger Jahre zwei politische Lager gegenüber: Das Lager der Befürworter EU-weiter Solidaritätsmechanismen und das ihrer Gegner.

Die Meinung der Bürger/innen zu mehr oder weniger Solidarität in Europa hängt maßgeblich von deren Bewertung der Europäischen Union und der EU-Mitgliedschaft ihres Landes ab. Jene Wähler/innen, welche eine EU-Mitgliedschaft ablehnen, sind auch meist keine Unterstützer EU-weiter Solidaritätsmaßnahmen (Lahusen und Grasso, 2018; Verhaegen, 2018) und umgekehrt (Reinl, 2020). Frühere Studien haben gezeigt, dass Wähler/innen im Osten Deutschlands der EU-Mitgliedschaft des Landes kritischer gegenüberstehen als westdeutsche Mitbürger (Commission of the European Community, 1992). Diese Divergenz war auch noch Jahre nach der Wende zu verzeichnen (Alvarez, 2002; Rippl et al., 2005), was unter anderem der Sozialisationen in unterschiedlichen politischen Systemen geschuldet sein könnte (Rohrschneider und Schmitt-Beck, 2002; Roller, 2015). Während die Bundesrepublik Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der heutigen EU, ist, wurden die neuen Bundesländer erst

nach der Wiedervereinigung Teil der Gemeinschaft. Diese unterschiedlich lange Dauer der Mitgliedschaft könnte die Meinung der Bevölkerung im Westen Deutschlands gegenüber der EU gefestigt haben, wohingegen sie im Osten aufgrund der kürzeren Mitgliedschaft krisenanfälliger sein könnte. Darüber hinaus haben vorangegangene Studien gezeigt, dass sich ostdeutsche Bürger/innen weniger solidarisch gegenüber ihren Mitbürger/innen zeigen als Menschen in Westdeutschland (Brosig et al., 2010). Führt man diese Erkenntnisse früherer Studien zusammen, erwarten wir, dass die gefühlsmäßige Bindung an die EU in Westdeutschland noch immer stärker ist als im Osten (Commission of the European Community, 1992; Schild 2001) und sich dies auch in der transnationalen Solidarität der Wähler/innen niederschlägt:

H1: Transnationale Solidarität ist 2019 im Westen höher als im Osten Deutschlands.

Diese Divergenz zwischen den Landesteilen sollte sich auch in der Wahl zum Europaparlament widerspiegeln. Während bei Europawahlen immer auch auf Grundlage nationaler Politiken und Ereignisse gewählt wird (Nebenwahl-Theorie), verzeichneten in den vergangenen Jahren vermehrt EU-bezogene Themen einen Effekt auf die individuelle Wahlentscheidung. Da wir annehmen, dass Bürger/innen Ostdeutschlands eine geringere transnationale Solidarität aufweisen, sollte diese ebenfalls eine untergeordnete Rolle in der Wahlentscheidung dieser Wählergruppe spielen. Folglich vermuten wir, dass transnationale Solidarität im Westen einen stärkeren Effekt auf die Wahlentscheidung hat als im Osten Deutschlands:

H2: Transnationale Solidarität zeigt im Westen einen stärkeren Einfluss auf die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019 als im Osten Deutschlands.

Europawahl 2019

Die Europawahl 2019 fand in turbulenten Zeiten statt. Zwar hatte sich der große Migrationsdruck aus den Jahren 2015/2016 abgemildert, doch die poli-

tischen Folgen waren, gerade auch in Deutschland, deutlich spürbar. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in wie weit Solidarität innerhalb der EU in den Wahlprogrammen der deutschen Parteien zur Europawahl eine Rolle spielte.²

Die Christdemokraten widmeten dem Konzept der europäischen Solidarität wenig Raum, es finden sich kaum konkrete Hinweise, außer einer Ablehnung eines gemeinsamen europäischen Sozialsystems. Die Sozialdemokraten wiederum schlugen die Einführung eines europäischen Sozialfonds vor, der von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam finanziert wird. Zudem sprechen sie sich für eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten auf die Mitgliedsstaaten sowie für eine finanzielle Kompensation von aufnahmewilligen Staaten aus. Die Liberalen betonen das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit in finanziellen und wirtschaftlichen Krisen und appellieren an die Solidarität in humanitären Krisen. Die Grünen unterstreichen die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung wirtschaftlich schwächerer Regionen mit dem Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse. Zudem sprechen sie sich für die Rettung von Bootsflüchtlingen auf dem Mittelmeer und eine finanzielle Unterstützung aufnahmebereiter Städte und Regionen aus. Die Linken schlagen vor, europäische Finanzmittel bereit zu stellen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, anstatt Gelder für die Rettung von Banken einzusetzen. Zudem setzen sie auf offene Grenzen. Eine komplett diametrale Position nimmt einzig die AfD ein, die jegliche Solidarität und Umverteilung von Mitteln innerhalb Europas ablehnt und damit ihre europaskeptische Haltung unterstreicht. Insgesamt wird der europäischen Solidarität somit unterschiedlich viel Aufmerksamkeit in den Parteiprogrammen zuteil, wobei sich nur eine Partei klar gegen das Konzept positioniert.

Daten & Methode

Für unsere Analysen greifen wir auf Daten des GESIS Panels zurück (GESIS Panel Team, 2020), welche in Welle gc

unmittelbar nach der Europawahl 2019, zwischen Juni und August, erhoben wurden. Um den Einfluss transnationaler Solidarität auf die Wahlentscheidung zu testen, führen wir multinominale Regressionsanalysen durch. Unsere abhängige Variable stellt die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019 dar, Nichtwähler/innen und Wähler/innen kleiner Parteien werden aus der Analyse ausgeschlossen.

Frühere Studien zeigten, dass Wähler/innen in der Lage sind zwischen verschiedenen Formen transnationaler Solidarität zu unterscheiden und diesen, je nach Ziel und Umsetzung, mehr oder weniger positiv gegenüber stehen (Baute et al., 2019). Die erklärenden Variablen fragen daher nach der Unterstützung finanzieller Hilfeleistungen für EU-Krisenstaaten im Falle eines a) nationalen Staatsbankrotts³ und b) einer stark steigenden Anzahl ankommender Migranten⁴. Um zudem eine Referenzkategorie einzuführen, kontrollieren wir in unseren Analysen ebenfalls für die allgemeine Bereitschaft anderen EU-Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten unter die Arme zu greifen^{5,6}. Zusätzlich testen wir für den Effekt der persönlichen Identifizierung mit der Europäischen Union⁷, der Einstellung gegenüber Migranten⁸, für das politische Interesse, die links-rechts Selbsteinstufung, Geschlecht, Alter und Bildung (Carey und Geddes, 2010; Dassonneville, 2016; van Spanje und de Vreese, 2011). Um zusätzlich zu überprüfen, ob die Unterstützung innerdeutscher Umverteilungspolitiken⁹ einen Effekt auf die Wahlentscheidung haben könnte, haben wir in unseren Modellen ebenfalls dafür kontrolliert.

Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland in der Europawahl 2019

Bevor wir uns dem Einfluss transnationaler Solidarität widmen, werfen wir im ersten Schritt einen Blick auf die getroffene Wahlentscheidung der Befragten in Ost- und Westdeutschland bei der Europawahl 2019. Grafik 1 zeigt die im GESIS-Panel berichteten Wählerstimmenanteile der Befragten in Prozent. Alle Befragten, welcheangaben nicht an der Wahl teilgenommen oder eine

„andere Partei“ gewählt zu haben, wurden aus der näheren Betrachtung dieses Beitrags ausgeschlossen. Mit Blick auf die Stimmenanteile für CDU/CSU lassen sich keine großen Unterschiede zwischen den Landesteilen erkennen. Der Anteil der CDU/CSU lag jeweils über 30%, was die Union klar zur stärksten Kraft macht. Unter den westdeutschen Befragten gaben zudem über 30% der Befragten an, bei der Europawahl 2019 für die Grünen gestimmt zu haben, in der ostdeutschen Stichprobe verzeichnete diese Partei knapp 20% der Stimmen. An dritter Stelle sehen wir für die westdeutschen Befragten die SPD mit rund 19% der Stimmen, wohingegen die SPD im Osten lediglich 9% der Stimmen erhielt. Die Unterstützung für die FDP ist in den Daten mit 7% im Westen und knapp 6% im Osten vergleichbar. Die Partei Die Linke bekam rund 15% der Wählerstimmen unter den ostdeutschen Befragten, im Westen stimmten weniger als 5% der Umfrageteilnehmer/innen für sie. Ein weiterer großer Unterschied offenbart sich mit Blick auf die Stimmenanteile der AfD: während die Partei in der westdeutschen Stichprobe lediglich 7% der Stimmen auf sich vereinen konnte, waren es im Osten über 19% der Befragtenstimmen.

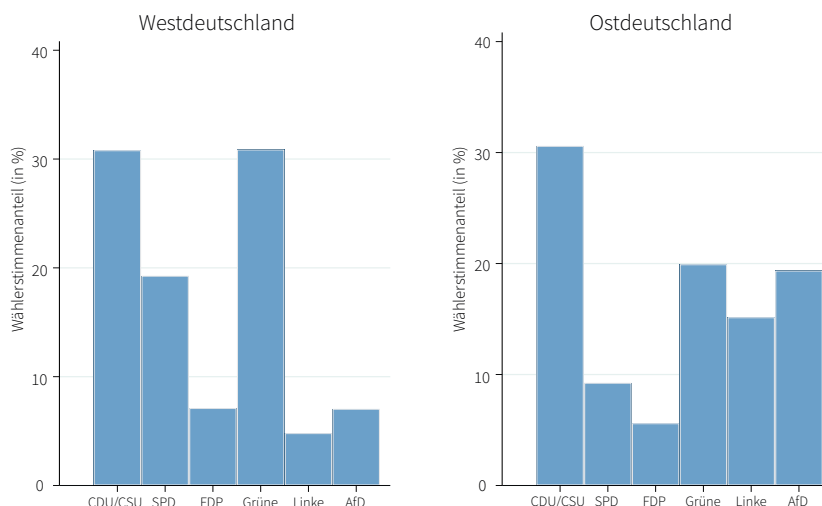
Es lässt sich folglich festhalten, dass die CDU/CSU in beiden Landesteilen nach wie vor stärkste Kraft ist, wohingegen die vormalige Volkspartei SPD diesen Status nicht mehr für sich beanspruchen kann. Zudem sehen wir erstarkte Grüne

in beiden Landesteilen und besonders im Westen ist diese nun gleichauf mit der Union. Im Osten hingegen sind sowohl die Linken als auch die euroskeptische Partei AfD deutlich stärker als im Westen. Mit Blick auf diese Befragungsergebnisse und die Wahlprogramme der jeweiligen Parteien erwarten wir, dass wir in den Modellen ebenfalls einen Unterschied in der Unterstützung transnationaler Solidarität zwischen den Landesteilen finden.

Transnationale Solidarität in Ost- und Westdeutschland

Grafik 2 stellt die Zustimmung zu transnationaler Solidarität getrennt nach Landesteilen dar. Auf den ersten Blick sehen wir ähnliche Ausprägungen zur Unterstützung von europäischen Solidaritätsmaßnahmen in Ost- und Westdeutschland. Für die Frage, ob Deutschland einem anderen EU-Mitgliedsland in Krisensituationen Hilfe gewähren sollte, finden wir einen signifikanten Unterschied zwischen den Befragten der beiden Landesteile in den Daten, wobei westdeutsche Befragte im Durchschnitt etwas gewillter sind, sich solidarisch zu zeigen (arithmetisches Mittel=3,12) als ihre ostdeutschen Mitbürger/innen (arithmetisches Mittel=3,06). Die Zustimmung zu finanziellen Solidaritätsleistungen während eines Staatsbankrotts ist ebenfalls unterschiedlich ausgeprägt und auch hier sind westdeutsche Befragte finanziellen Soli-

Grafik 1 Wahlstimmenanteile in Ost- und Westdeutschland



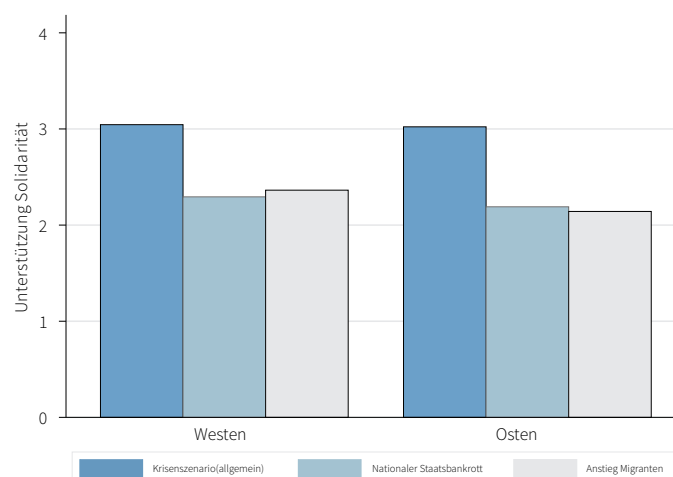
Anmerkung: Daten zur Europawahl 2019. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

daritätsleistungen anderen Mitgliedsstaaten gegenüber aufgeschlossener (arithmetisches Mittel 2,36 vs. 2,29). Die größte Diskrepanz offenbart sich jedoch mit Blick auf die Unterstützung von transnationaler Solidarität in Zeiten eines rasanten Anstiegs von Asylanträgen. Diese ist in den Befragungsdaten erneut im Westen höher als im Osten (arithmetisches Mittel 2,46 vs. 2,27)¹⁰. Folglich sehen wir für beide Teile des Landes eine stärkere Ausprägung transnationaler Solidarität, wenn diese nicht explizit mit finanziellen Kosten verbunden ist (allgemeines Krisenszenario). Geht die praktische Umsetzung zwischenstaatlicher Solidarität jedoch mit finanziellen Kosten einher, sinkt die Zustimmung zu EU-weiten Solidaritätsmaßnahmen und wir finden für die beiden genannten Krisenszenarien eine leicht höhere Zustimmung im Westen im Vergleich zum Osten Deutschlands. Diese Erkenntnis ist im Einklang mit früheren Studien, die festgestellt haben, dass die Bevölkerungen in jüngeren EU-Mitgliedsstaaten ihre Unterstützung der Mitgliedschaft stärker nach rationalen Kosten-Nutzen-Überlegungen evaluieren als Wähler/innen in EU-Staaten mit einer längeren Mitgliedsdauer (Gabel 1998, S. 352; Garry & Tilley, 2009; McLaren, 2002). Folglich finden wir in den Daten Unterstützung für unsere erste Hypothese (H1) die postuliert, dass die Zustimmung zur transnationalen Solidarität im Westen Deutschlands 2019 größer war als im Osten des Landes.

Transnationale Solidarität und die Wahlentscheidung in der Europawahl 2019

Hing die Wahlentscheidung bei der Europawahl 2019 mit der Solidarität gegenüber anderen EU-Staaten zusammen? Grafik 3 stellt die marginalen Effekte der durchgeführten Regressionsanalysen für Westdeutschland grafisch dar. Sobald die abgebildeten Effekte die gestrichelte horizontale Linie kreuzen, sind die Effekte nicht signifikant, wird die Linie hingegen nicht berührt, lassen sich signifikante Effekte in den Daten erkennen. Für das westdeutsche Modell lassen sich, mit Ausnahme der AfD, keine

Grafik 2 Transnationale Solidarität in Ost- und Westdeutschland

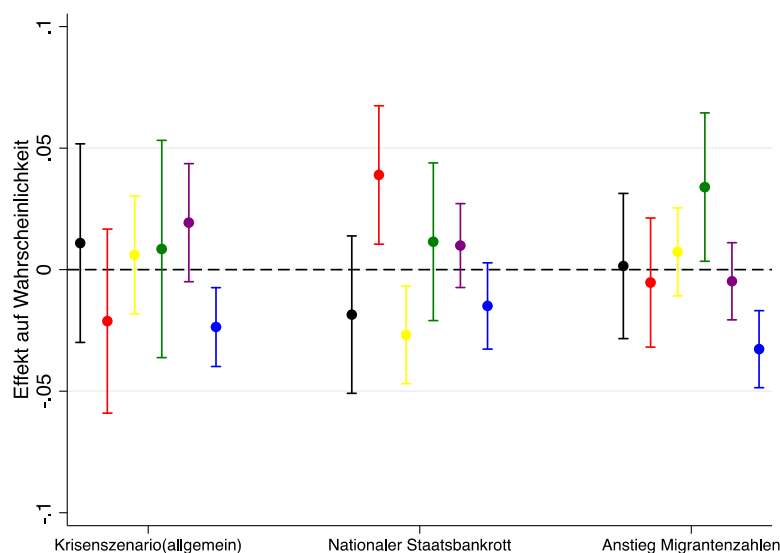


Anmerkung: Unterstützung von transnationaler Solidarität. (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

signifikanten Effekte von transnationaler Solidarität auf die Wahlentscheidung im Falle eines allgemein Krisenszenarios ablesen. Jene Wähler/innen, welche krisenunspezifischen Solidaritätsmaßnahmen negativ gegenüberstehen, weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, bei der Europawahl 2019 für die AfD gestimmt zu haben. Im Falle eines nationalen Staatsbankrotts geben Wähler/innen, die „pro Solidarität“ eingestellt sind, ihre Stimme eher der SPD und weniger wahrscheinlich der FDP. Für den Fall eines hohen Migrationsdrucks wählen „solidarische“ Wähler/innen wahrscheinlicher die Grünen als die AfD.

Wenden wir uns im nächsten Schritt den ostdeutschen Befragten zu (siehe Grafik 4). Die Ergebnisse unterscheiden sich deutlich von jenen im Westen des Landes. Während sich die befragte Wählerschaft im Westen unterschiedlich zum Thema Solidarität und Krisenhilfe zu positionieren scheint, spielt das Thema für die Wahlentscheidung in Ostdeutschland so gut wie keine Rolle. Wir finden lediglich einen signifikanten Effekt für die Einstellungen der Befragten zu finanziellen Solidaritätsleistungen in Zeiten steigender Migrationszahlen. Lehnen Befragte diese Art von solidarischer Hilfe ab, geben sie ihre Stimme eher der AfD.

Grafik 3 Darstellung marginaler Effekte, Westdeutschland



Anmerkung: Daten zur Europawahl 2019. Standardisierte Effekte; Darstellung der Wählerstimmen: Schwarz=CDU/CSU, Rot=SPD, Gelb=FDP, Lila=Die Linke, Grün=Grüne, Blau=AfD. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

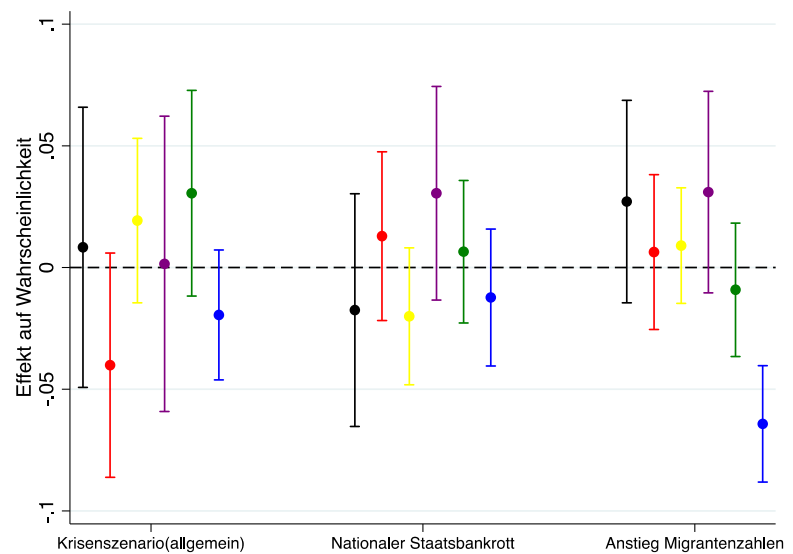
Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Solidarität für die Europawahlentscheidung 2019 in Ostdeutschland eine geringere Rolle spielte als im Westen. Für die meisten Wählergruppen in Ostdeutschland scheinen andere Themen die Wahlentscheidung dominiert zu haben. Diese Erkenntnisse unterstützen unsere in Hypothese 2 (H2) formulierten Erwartungen.

Diskussion

In diesem Beitrag gingen wir der Frage nach dem Zusammenhang zwischen transnationaler Solidarität und dem Wahlverhalten bei der Europawahl 2019 in Ost- und Westdeutschland nach. Unsere Ergebnisse zeigen, dass transnationale Solidarität gegenüber anderen EU-Staaten im Jahr 2019 im Westen Deutschlands höher war als im Osten (H1). Dies war besonders dann der Fall, wenn Hilfeleistungen mit finanziellen Umverteilungen zwischen den Staaten einhergehen. Die Diskrepanz zwischen den beiden Landesteilen könnte begründet darin sein, dass die Identifikation mit der EU im Osten Deutschlands noch immer niedriger ist als im Westen und dies der kürzeren Mitgliedschaftsdauer geschuldet sein könnte. Zudem finden wir einen stärkeren Zusammenhang zwischen transnationaler Solidarität und der Wahlentscheidung im Westen als im Osten (H2). Im Westen des Landes finden wir signifikante Einflüsse für die Wähler/innen von SPD, FDP, Grüne und AfD in den verschiedenen Krisenszenarien, im Osten Deutschlands scheint transnationale Solidarität hingegen lediglich für die Wähler/innen der AfD relevant. Dies legt die Vermutung nahe, dass 30 Jahre nach der Wiedervereinigung und 40 Jahre nach der ersten Europawahl europäische Fragen in Westdeutschland eine gewisse Bedeutung für die Wahlentscheidung innehaben, wohingegen im Osten andere Themen das Abstimmungsverhalten maßgeblich beeinflussen.

Zu bedenken ist, dass unsere Ergebnisse nur eine Momentaufnahme darstellen und wir keine Entwicklung über die Zeit abbilden können. Wie lassen sich unsere Befunde nun auf zukünftige

Grafik 4 Darstellung marginaler Effekte, Ostdeutschland



Anmerkung: Daten zur Europawahl 2019. Darstellung der Wählerstimmen: Schwarz= CDU/CSU, Rot= SPD, Gelb= FDP, Lila= Die Linke, Grün= Grüne, Blau= AfD. Datenbasis: Wave gc 2019 (Gesis Panel Team, 2020).

europäische Krisen übertragen? Sind deutsche Wähler/innen bereit europaweit Verantwortung zu übernehmen und sich in zukünftigen Krisensituationen solidarisch zu zeigen? Obwohl die Zustimmung zu Solidaritätsleistungen im Westen minimal höher ist als im Osten Deutschlands stellen wir fest, dass die Bevölkerung im Allgemeinen bereit wäre, anderen EU-Staaten in einer Krisensituation beizustehen. Diese Bereitschaft sinkt jedoch in beiden Landesteilen, wenn die Solidaritätsleistungen mit finanziellen Verpflichtungen verbunden sind. Folglich bedarf es guter Gründe und einer transparenten Kommunikation seitens der politischen Akteure, wenn zwischenstaatliche Solidaritätsmaßnahmen implementiert werden sollen. Deutsche Wähler/innen zeigen sich prinzipiell solidarisch, jedoch nicht zu jedem Preis und unter allen Umständen. Diese Befunde erlangen besonders mit Blick auf die aktuelle COVID-19 Pandemie an Relevanz für die politischen Entscheidungsträger und deren Positionierung zu europaweiten Solidaritäts- und Umverteilungsmaßnahmen.

Literatur

Alvarez, R. (2002). Attitudes toward the European Union: The Role of Social Class, Social Stratification, and Political Orien-

tation. *International Journal of Sociology*, 32(1), 58-76.

Baute, S., Abts, K., & Meuleman, B. (2019). Public Support for European Solidarity: Between Euroscepticism and EU Agenda Preferences? *Journal of Common Market Studies*, 57(3), 533-550.

Börzel, T. A. (2016). From EU Governance of Crisis to Crisis of EU Governance: Regulatory Failure, Redistributive Conflict and Eurosceptic Publics. *Journal of Common Market Studies*, 54, 8-31.

Brosig, J., Helbach, C., Ockenfels, A., & Weimann, J. (2010). Still different after all these years: Solidarity in East and West Germany.

Carey, S., & Geddes, A. (2010). Less Is More: Immigration and European Integration at the 2010 General Election. *Parliamentary Affairs*, 63(4), 849-865.

Ciornei, I., & Recchi, E. (2017). At the source of European solidarity: Assessing the effects of cross-border practices and political attitudes. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 55(3), 468-485.

Commission of the European Community. (1992). The European Community and united Germany in autumn 1992. Development of Public Opinion in East and West Germany. *Special report on the results of the September/October 1992 Eurobarometer survey no. 38*.

De Vries, C. E., van der Brug, W. van Egmond, M. H., & van der Eijk, C. (2011). Individual and contextual variation in EU issue voting: The role of political information. *Electoral Studies*, 30(1), 16-28.

Dassonneville, R. (2016). Volatile voters, short-term choices? An analysis of the

- vote choice determinants of stable and volatile voters in Great Britain, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 26(3), 273-292.
- European Commission. (1992). The European Community and united Germany in autumn 1992. Special report on the results of the September/October 1992 Eurobarometer survey no. 38.
- Gabel, M. (1998). Public support for European integration: An empirical test of five theories. *The Journal of Politics*, 60(2), 333-354.
- Garry, J., & Tilley, J. (2009). The Macroeconomic Factors Conditioning the Impact of Identity on Attitudes towards the EU. *European Union Politics*, 10(3), 361-379.
- Gerhards, J., Lengfeld, H., Ignácz, Z., Kley, F. K., & Priem, M. (2019). *European Solidarity in Times of Crisis*. London: Routledge.
- GESIS Panel Team (2020). GESIS Panel - Standard Edition. *GESIS Datenarchiv, Köln*. ZA5665 Datenfile Version 35.0.0 (2020).
- Hansen, M. A., & Olsen, J. (2019). Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election. *German Politics*, 28(1), 1-19.
- Hobolt, S. B., & de Vries, C. (2016). Turning against the Union? The impact of the crisis on the Eurosceptic vote in the 2014 European Parliament elections. *Electoral Studies*, 44, 504-514.
- Koos, S., & Seibel, V. (2019). Solidarity with refugees across Europe. A comparative analysis of public support for helping forced migrants. *European Societies*, 21(5), 704-728.
- Lahusen, C., & Grasso, M. T. (2018). *Solidarity in Europe*. Springer International Publishing.
- Maatsch, A. (2014). Are we all austerians now? An analysis of national parliamentary parties' positioning on anti-crisis measures in the eurozone. *Journal of European Public Policy*, 21(1), 96-115.
- McLaren, L. M. (2002). Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? *The Journal of Politics*, 64(2), 551-566.
- Reif, K., & Schmitt, H. (1980). Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results. *European Journal of Political Research*, 8(1), 3-44.
- Reinl, A.-K. (2020). Euroscepticism in Times of European Crises: The Role of Solidarity. In M. Baldassari et al. (Hrsg.), *Anti-Europeanism, Critical Perspectives Towards the European Union* (pp. 95-113). Cham: Springer Nature Switzerland.
- Reinl, A.-K., & Giebler, H. (2019). *Who Supports Financial Redistribution Within the EU?: The Conditionality of Political Elites' Transnational Solidarity*. 13th General Conference, Wrocław, 06.09.2019.
- Rippl, S., Baier, D., Kindervater, A., & Boehnke, K. (2016). Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? *Zeitschrift für Soziologie*, 34(4), 288-310.
- Rohrschneider, R., & Schmitt-Beck, R. (2002). Trust in Democratic Institutions in Germany: Theory and Evidence Ten Years After Unification. *German Politics*, 11(3), 35-58.
- Roller, E. (2015). Welfare State and Political Culture in Unified Germany. *German Politics*, 24(3), 292-316.
- Sangiovanni, A. (2013). Solidarity in the European Union. *Oxford Journal of Legal Studies*, 33(2), 213-241.
- Schmitt, H. (2005). The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order? *West European Politics*, 28(3), 650-679.
- Schild, J. (2001). National v. European Identities? French and Germans in the European Multi-Level System. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 39(2), 331-351.
- Treib, O. (2014). The voter says no, but nobody listens: causes and consequences of the Eurosceptic vote in the 2014 European elections. *Journal of European Public Policy*, 21(10), 1541-1554.
- Van Spanje, J., & de Vreese, C. (2011). So what's wrong with the EU? Motivations underlying the Eurosceptic vote in the 2009 European elections. *European Union Politics*, 12(3), 405-429.
- Verhaegen, S. (2018). What to expect from European identity? Explaining support for solidarity in times of crisis. *Comparative European Politics*, 16(5), 871-904.
- Wallaschek, S. (2019). Europawahl 2019: Ende oder Neuanfang europäischer Solidarität? *BdW Blätter der Wohlfahrtspflege*, 166(2), 71-75.
- Zaun, N. (2018). States as Gatekeepers in EU Asylum Politics: Explaining the Non-adoption of a Refugee Quota System. *Journal of Common Market Studies*, 56, 44-62.
- 4 „Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Deutschland sollte andere EU-Länder im Fall eines starken Anstiegs der Zuwandererzahlen finanziell unterstützen“ (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu.
- 5 „Deutschland sollte anderen Ländern der Europäischen Union (EU) in Krisensituationen Hilfe gewähren“ (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu.
- 6 Die Korrelationen der drei Variablen sind in beiden Landesteilen moderat und betragen Werte zwischen 0.48 und 0.61.
- 7 „Wie eng fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden?“ (1) Überhaupt nicht eng – (4) Sehr eng.
- 8 „Die deutsche Kultur ist durch Einwanderer bedroht.“ (1) Lehne voll und ganz ab – (5) Stimme voll und ganz zu.
- 9 „Das Bundesland, in dem ich lebe, sollte anderen deutschen Bundesländern in Krisensituationen Hilfe gewähren“ (1) Lehne voll und ganz ab – (4) Stimme voll und ganz zu.
- 10 Wir haben t-Tests (homogene Varianzen) durchgeführt, um zu testen, ob sich signifikante Gruppenunterschiede in den Daten aufdecken lassen. Alle Mittelwertvergleiche sind mindestens auf einem 10%-Niveau signifikant. Für das Szenario eines Anstiegs der Migrantenzahlen finden wir sogar hochsignifikante Gruppenunterschiede in den Daten (0,1%-Niveau).

Erratum

Für die vorherige Version dieses Beitrags (ISI 65) wurde ein Fehler in den Daten der abhängigen Variable festgestellt, welche die Wahlentscheidung der Befragten in der Europawahl 2019 misst.

Die nun vorliegende überarbeitete Fassung bleibt in seiner Kernaussage unverändert, korrigiert jedoch die fehlerhafte Messung der Variable. Dies zieht eine Überarbeitung der Abbildungen 1, 3 und 4 nach sich sowie der Ergebnisbeschreibung und Teile der Schlussbetrachtung.

ann-kathrin.reinl@gesis.org

christina.eder@gesis.org

alexia.katsanidou@gesis.org

doi: 10.15464/isi.65.2020.22-28